

## DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 16188  
Donnerstag, 02. Dezember 2021

FAO-Lebensmittelpreisindex: Aufwärtsbewegung im November fortgesetzt . . . . .	1
Moosbrugger lehnt Forderung nach Getreide-Exportstopp vehement ab . . . . .	2
COVID-Wirtschaftshilfen für Land- und Forstwirtschaft nach bisherigen Kriterien . . . . .	3
EU-Mitgliedstaaten geben grünes Licht für GAP-Reform . . . . .	4
EU-Parlament stimmte über Empfehlungen für Tiertransporte ab . . . . .	5
Siegfried Huber als LK Kärnten-Präsident angelobt . . . . .	6
Bauernbund: Sebastian Kurz gilt Dank für sein politisches Wirken . . . . .	7
Holzgespräche: Branche kann zum Pionier klimapositiver Transformation werden . . . . .	7
BFW: Klimawandel als Bewährungsprobe für heimischen Schutzwald . . . . .	9
Russland: Beihilfen sollen steigende Futterpreise ausgleichen . . . . .	10

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT  
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische  
Versicherung

## **FAO-Lebensmittelpreisindex: Aufwärtsbewegung im November fortgesetzt**

### **Weizen und Milchprodukte deutlich im Plus**

Rom, 2. Dezember 2021 (aiz.info). - Der FAO-Lebensmittelpreisindex zeigte im November 2021 den vierten Monat in Folge nach oben und erreichte damit den höchsten Stand seit Juni 2011. Den Ausschlag dafür gab eine rege Nachfrage nach Weizen und Milchprodukten, berichtete heute die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO). Konkret lag der FAO-Lebensmittelpreisindex bei durchschnittlich 134,4 Punkten, das ist ein Plus von 1,6 Punkten oder 1,2% gegenüber Oktober sowie von 28,8 Punkten oder 27,3% im Vergleich zum Jahr davor. Der FAO-Lebensmittelpreisindex bildet monatliche Preisänderungen eines Korbs international gehandelter Nahrungsmittel ab.

Deutlich nach oben kletterte der FAO-Getreidepreisindex im November, und zwar um 4,3 Punkte oder 3,1% auf durchschnittlich 141,5 Punkte gegenüber dem Vormonat. Er lag damit um 26,6 Punkte oder 23,2% über dem entsprechenden Wert des Vorjahres. Besonders die große Nachfrage nach hochwertigem Weizen von großen Exporteuren bei gleichzeitig knappem Angebot ließ die Weizenpreise den fünften Monat in Folge auf den höchsten Stand seit Mai 2011 steigen. Zugleich berichtete Australien von wahrscheinlich geringeren Erntequalitäten aufgrund vorzeitiger Regenfälle sowie Russland über eine mögliche Änderung seiner Exportmaßnahmen. Auch beim Mais gab es eine leichte Aufwärtsbewegung, die auf schnellen Verkaufstempi in Argentinien, Brasilien und der Ukraine basierte, aber von dem saisonalen Angebotsdruck aus den USA begrenzt wurde, berichtet die FAO.

Für den FAO-Pflanzenölpreisindex wurde im November das Rekordhoch des Vormonats leicht unterschritten und mit durchschnittlich 184,6 Punkten ein Minus um 0,3 Punkte oder 0,2% beobachtet. Während die Notierungen für Palmöl nahezu unverändert blieben, meldet die FAO niedrigere Werte für Soja- und Rapsöl. Dennoch standen die Palmöl-Notierungen wegen einer verstärkten COVID-Ausbreitung unter Druck, der jedoch von einer erwarteten Produktionsverlangsamung in den wichtigsten Erzeugerländern ausgeglichen wurde. Bei Soja- und Rapsöl gingen die Weltmarktpreise durch eine gedrosselte Nachfrage moderat zurück. Unterdessen belasteten auch niedrigere Rohölwerte die globalen Pflanzenölpreise.

### **Größte Zuwächse für Butter und Milchpulver**

Der FAO-Milchpreisindex stieg im November um 4,1 Punkte oder 3,4% auf durchschnittlich 125,5 Punkte im Vergleich zum Vormonat sowie um 20,2 Punkte oder 19,1% gegenüber November 2020 an. Die internationalen Notierungen für Butter und Milchpulver legten somit den dritten Monat in Folge stark zu. Die FAO begründete die Entwicklung mit weltweit knappen Exportmengen und aufgebrauchten Lagerbeständen, da einerseits die Lieferungen in mehreren großen Milch produzierenden Ländern in Westeuropa zurückgingen und andererseits die Produktion in Ozeanien geringer als erwartet ausgefallen ist. Auch die Käuferbemühungen, sich Spot-Angebote zu sichern, trugen zur Preissteigerung bei. Die Käsenotierungen stiegen ebenso leicht an, was die FAO auf eine große Nachfrage sowie Lieferverzögerungen zurückführt.

Der FAO-Fleischpreisindex gab im November um 1 Punkt oder 0,9% auf durchschnittlich 109,8 Punkte den vierten Monat in Folge nach, übertraf das Vorjahresniveau aber dennoch um 16,5 Punkte oder 17,6%. Im November sanken die internationalen Notierungen für Schweinefleisch zum fünften Mal, insbesondere wegen geringerer Einkäufe in China vor allem aus der Europäischen Union. Unterdessen blieben die internationalen Preise für Rindfleisch stabil, da niedrigere Notierungen für brasilianisches Fleisch durch höhere Exportwerte in Australien ausgeglichen wurden. Letzteres führt die FAO auf niedrige Schlachtviehverkäufe bei hoher Nachfrage nach dem Herdenaufbau zurück. Kaum eine Änderung wurde auch bei den weltweiten Geflügelfleischpreisen registriert, nachdem der Markt hier trotz Angebotsbeschränkungen durch Schiffscontainerknappheit sowie Vogelgrippe in Europa und Asien weitgehend ausgeglichen schien.

Der FAO-Zuckerpreisindex notierte um 1,6 Punkte oder 1,4% höher und erreichte im Durchschnitt 120,7 Punkte, wodurch der Rückgang im Oktober 2021 größtenteils wettgemacht wurde. Zudem lag der Wert knapp 40% über jenem des Vorjahres. Die Erholung der internationalen Zuckerpreisnotierungen im November beruhte laut FAO hauptsächlich auf höheren Ethanolpreisen, wodurch die Verwendung von Zuckerrohr für die Ethanolproduktion in Brasilien, dem weltweit größten Zuckerexporteur, gepusht wurde. Zusätzlich wurden die globalen Zuckerpreise durch eine rege weltweite Importnachfrage wegen niedrigerer Frachtkosten beflügelt. Insgesamt wurde die Aufwärtsbewegung jedoch durch große Lieferungen aus Indien und positive Aussichten für Zuckerexporte aus Thailand begrenzt, so die FAO. (Schluss) hub

## Moosbrugger lehnt Forderung nach Getreide-Exportstopp vehement ab

LK Österreich fordert langfristige Partnerschaften statt einseitiger Markteinschränkung

Wien, 2. Dezember 2021 (aiz.info). - Der angesichts geringer Getreidelagerbestände von Bäckern und Mühlenbetreibern medial geforderte Getreide-Exportstopp wird vom Präsidenten der Landwirtschaftskammer (LK) Österreich, **Josef Moosbrugger**, vehement abgelehnt. "Die österreichische Landwirtschaft ist höchst interessiert an verlässlichen und dauerhaften Lieferbeziehungen. Wir sind überzeugt, dass auch die Konsumentinnen und Konsumenten regionale Produkte und Wertschöpfungsketten befürworten und stärken wollen. Leider war vielen das Thema Regionalität und gegenseitige Verbindlichkeit in der Vergangenheit kein besonderes Anliegen. Man war gewohnt, jederzeit auf billiges Getreide zugreifen zu können. Wie bereits bisher sind wir aber sehr daran interessiert, in solche ernsthaften Gespräche einzutreten", so Moosbrugger.

"Bäuerinnen und Bauern wollen ehrliche Partnerschaften mit dem lokalen Handel, dem Gewerbe und den Konsumenten. Diese Partnerschaften müssen aber für beide Seiten Sinn machen und nicht nur für die kurzen Zeiträume, in denen internationale Preisnotierungen einmal zugunsten der Erzeuger ausschlagen", sagte der Präsident weiter.

"Die Landwirtschaft kritisiert seit Jahren den Import von billigen Lebensmitteln aus allen Teilen der Welt, stieß dabei aber meist auf taube Ohren. Die aktuelle Forderung nach einem Exportstopp für

Getreide wird daher zurückgewiesen, da dieser das Marktgeschehen einseitig einschränken würde. Gleichzeitig sprechen wir aber die Einladung zu ehrlichen Gesprächen aus, um Partnerschaften für die Zukunft, vor allem auch für die österreichischen Konsumenten und ihre Versorgungssicherheit, zu entwickeln", betont Moosbrugger. (Schluss)

## COVID-Wirtschaftshilfen für Land- und Forstwirtschaft nach bisherigen Kriterien

Köstinger: Unterstützung mit gut funktionierenden Wirtschaftshilfen

Wien, 2. Dezember 2021 (aiz.info). - Die Bundesregierung stellt der Land- und Forstwirtschaft zu den bisherigen Kriterien COVID-Wirtschaftshilfen in Form von Härtefallfonds, Ausfallsbonus und pauschalem Verlustersatz sowie in Gestalt eines Auffangnetzes für Vermieter von Privatzimmern, Ferienwohnungen und für sonstige touristische Betriebe, die Ortstaxe zahlen, zur Verfügung. Abwickelnde Stelle wird die AMA sein. Härtefallfonds und Ausfallsbonus können noch im Dezember beantragt werden. Dies gaben Landwirtschaftsministerin **Elisabeth Köstinger** und Finanzminister **Gernot Blümel** bekannt. Damit, so Köstinger, "unterstützen wir unsere land- und forstwirtschaftlichen Betriebe mit gut funktionierenden Wirtschaftshilfen." Es werde laut Blümel möglich sein, den Ausfallsbonus in Zukunft bereits am 10. jeden Monats für den Vormonat beantragen zu können. "Das bedeutet, dass die ersten Auszahlungen schon vor Weihnachten getätigt werden können."

Die beiden Regierungsmitglieder stellten außerdem eine Reihe von Wirtschaftshilfen für den Tourismus vor. Der enorme Anstieg der Infektionszahlen in den vergangenen Wochen und die kritische Intensivbetten-Auslastung hätten erneut Einschränkungen notwendig gemacht, die vor allem wieder die Tourismusbranche, aber auch die Landwirtschaft massiv betreffen. "Wir helfen jenen, die von den Folgen des Lockdowns am stärksten betroffen sind", betonte Köstinger und sagte weiters: "Neben dem heimischen Tourismus leidet auch unsere Land- und Forstwirtschaft unter diesem Lockdown. Wenn Hotels und Gastronomie geschlossen sind, können Bäuerinnen und Bauern ihre Produkte in diese Branche nicht liefern und verlieren dadurch relevante Teile ihres Geschäfts."

### Die Maßnahmen des Härtefallfonds

Antragsberechtigt für den Härtefallfonds (Auszahlungsphase 4) werden wie bisher sein: Wein- und Mostbuschenschankbetriebe, landwirtschaftliche Betriebe, die Privatzimmer oder Ferienwohnungen vermieten (Urlaub am Bauernhof), Betriebe, die landwirtschaftliche Produkte direkt, an die Gastronomie, an Schulen und die Gemeinschaftsverpflegung sowie gärtnerische Produkte direkt und an den Groß- und Einzelhandel vermarkten. Weiters kommen Betriebe infrage, die agrar- und waldpädagogische Aktivitäten anbieten (z. B. Schule am Bauernhof, Seminarbäuerinnen) sowie Vermieter von Privatzimmern und Ferienwohnungen, die im eigenen Haushalt höchstens zehn Betten vermieten und nicht der Gewerbeordnung unterliegen.

Voraussetzung ist im Betrachtungszeitraum ein Umsatzausfall von mindestens 40% gegenüber dem Vergleichszeitraum. Die Förderung beträgt 80% des ermittelten Verlustes zuzüglich 100 Euro. Die Förderhöhe beträgt mindestens 600 Euro und maximal 2.000 Euro. Andere Einkünfte im Betrachtungszeitraum reduzieren die Förderung. Betrachtungszeitraum ist der entsprechende Kalendermonat im Zeitraum November 2021 bis März 2022.

## **Die Maßnahmen des Ausfallsbonus**

Antragsberechtigt für den Ausfallsbonus III werden wie bisher sein: Wein- und Mostbuschenschankbetriebe, landwirtschaftliche Betriebe, die Privatzimmer oder Ferienwohnungen vermieten (Urlaub am Bauernhof), Vermieter von Privatzimmern und Ferienwohnungen, die im eigenen Haushalt höchstens zehn Betten vermieten und nicht der Gewerbeordnung unterliegen, sowie sonstige touristische Vermieter.

Antragsteller müssen im Betrachtungszeitraum November 2021 und Dezember 2021 einen Umsatzausfall von mindestens 40% gegenüber dem Vergleichszeitraum erleiden. Für die anderen Betrachtungszeiträume muss ein Umsatzausfall von mindestens 30% gegeben sein. Die Förderung beträgt 40% des ermittelten Umsatzausfalls und mindestens 100 Euro. Betrachtungszeitraum ist der entsprechende Kalendermonat von November 2021 bis März 2022.

"Mit dem Ausfallsbonus haben wir ein sehr effektives und breitenwirksames Hilfsprogramm gestartet. Wir haben im Zuge der Pandemie stets dazugelernt, unsere Hilfen angepasst und verbessert", so Blümel.

## **Der Verlustersatz in der Landwirtschaft**

Antragsberechtigt für den Verlustersatz werden wie bisher landwirtschaftliche Betriebszweige sein, die im Betrachtungszeitraum einen Rückgang von zumindest 30% des Deckungsbeitrages nachweisen können. Der Rückgang wird für den Betriebszweig unter Heranziehung von Berechnungen der Bundesanstalt für Agrarwirtschaft und Bergbauernfragen ermittelt und muss daher für den Betriebszweig pauschal berechenbar sein. Der Verlustersatz ersetzt teilweise Einkommensverluste aufgrund COVID-bedingter Einnahmefälle. (Schluss)

## **EU-Mitgliedstaaten geben grünes Licht für GAP-Reform**

Drei Grundverordnungen für Transport, Telekommunikation und Energie abgesegnet

Brüssel, 2. Dezember 2021 (aiz.info). - Nach der Zustimmung des Europaparlaments zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik am 23. November haben heute auch die EU-Mitgliedstaaten ihr Einverständnis erklärt. Im Sonderausschuss Landwirtschaft erfolgte zu Beginn der Woche die Zustimmung der EU-Mitgliedstaaten auf der Fachebene. Die formelle Abstimmung fand heute ohne Aussprache im Rat für Transport, Telekommunikation und Energie statt. Am kommenden Montag gehen mit der Veröffentlichung der drei Grundverordnungen im EU-Amtsblatt dreieinhalbjährige Verhandlungen über die GAP-Reform zu Ende. Die Inhalte der neuen Agrarpolitik wurden zwischen der EU-Kommission, dem Parlament und den EU-Mitgliedstaaten schon im Juni im Trilog festgelegt. Die Grüne Architektur wird in der Verordnung über die nationalen Strategiepläne geregelt. Die Verwaltung der neuen GAP findet in einer sogenannten "horizontalen" Verordnung ihren Niederschlag. Die EU-Markordnung, in der sich abgesehen vom Wein wenig ändert, ist die dritte der drei Grundverordnungen. Nach deren Veröffentlichung im Amtsblatt sollen jetzt noch vor Jahresende einige Durchführungsrechtsakte im Eilverfahren über die Bühne gebracht werden.

Die EU-Kommission wünscht sich, dass die EU-Mitgliedstaaten schon am nächsten Freitag im Sonderausschuss Landwirtschaft wichtigen Durchführungsrechtstakten zustimmen. Doch bis dahin müssen noch Kontroversen bei der Rolle des Green Deal und den nationalen Strategieplänen ausgeräumt werden. Die EU-Mitgliedstaaten stellen klar, dass sie mit ihren Eco-Schemes und ihren Förderprogrammen in der 2. Säule der GAP nicht die Ziele zur Verminderung von Pflanzenschutzmitteln und Düngemitteln erfüllen müssen. Die EU-Kommission besteht auch nicht gleich auf der ins Auge gefassten Halbierung der Agrarchemie. Sie verlangt aber, dass die EU-Mitgliedstaaten mit ihren Strategieplänen und Förderprogrammen zumindest einen Anfang wagen. Jetzt wird um jedes Wort im Text der Durchführungsverordnung gestritten. Die EU-Kommission stellte im Sonderausschuss Landwirtschaft schon mal klar, dass der Green Deal im Durchführungsrecht keinesfalls verbindlicher werden soll als es in den Grundverordnungen bereits festgelegt wurde. (Schluss) mö

## **EU-Parlament stimmte über Empfehlungen für Tiertransporte ab**

Schmiedtbauer: An Vorbildern und Best Practices orientieren

Brüssel, 2. Dezember 2021 (aiz.info). - Abgeordnete des Europäischen Parlaments haben heute über Empfehlungen des Untersuchungsausschusses für Tiertransporte abgestimmt. **Simone Schmiedtbauer**, Agrarsprecherin und Vertreterin der ÖVP im Untersuchungsausschuss für Tiertransporte im Europaparlament, erklärte dazu: "Es muss das Ziel sein, wichtigen Grundsätzen wie Regionalität und Nachhaltigkeit in der Tierhaltung und der Landwirtschaft in ganz Europa umfassend zum Durchbruch zu verhelfen. Wo Tiertransporte nicht zu vermeiden sind, müssen höchste Tierwohlstandards eingehalten werden. Einen Abfertigungsbasar bei Tiertransporten, einen Unterbietungswettbewerb auf Kosten des Tierwohls darf es nicht mehr geben."

Unbedingt nötig sei, dass die bestehenden Regelungen in der gesamten EU umgesetzt, engmaschig kontrolliert und Verstöße sanktioniert werden, um die hohen EU-Tierwohlstandards tatsächlich flächendeckend sicherzustellen. "Das passiert bis dato nicht", stellte Schmiedtbauer klar und verwies an Vorbilder und Best Practices. "Das beginnt schon bei der Vorbereitung der Transporte und der Nutzung digitaler Lösungen, zum Beispiel zur Sicherstellung geeigneter Temperaturen entlang der Transportroute oder schlicht die Nutzung von Nippeltränken bei Kälbertransporten. Hier geht Österreich mit gutem Beispiel voran", so Schmiedtbauer, deren Anspruch an den Untersuchungsausschuss ist, eine echte Verbesserung beim Tierwohl zu erzielen. Mit den Empfehlungen würde ein starkes Fundament gelegt, auf dem die Kommission bei der Überarbeitung der Tiertransportverordnung aufbauen könne.

Auch die Konsumenten müssten die Möglichkeit haben, ihren Beitrag zur Reduzierung der Tiertransporte zu leisten. "Dafür brauchen wir eine gründliche und verpflichtende Lebensmittelherkunftskennzeichnung - hier warten wir mit Spannung auf den ausständigen Kommissionsvorschlag. Wenn die Tiere möglichst lokal aufgezogen, geschlachtet und konsumiert werden, dann ist das gut für die Tiere, gut für die Konsumenten, die frische und qualitativ hochwertige Lebensmittel erhalten, und es ist gut für uns Landwirte", so Schmiedtbauer abschließend. (Schluss)

## Siegfried Huber als LK Kärnten-Präsident angelobt

Schwerpunkte: Eigentum schützen, Wertschätzung stärken, Einkommen steigern

Klagenfurt, 2. Dezember 2021 (aiz.info). - Nach den Wahlen vom 7. November 2021 hat sich die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer (LK) Kärnten heute neu konstituiert. Von den 36 Mandaten entfallen 18 Sitze auf den Kärntner Bauernbund, sieben Sitze auf die Freiheitliche und Unabhängige Bauernschaft, je vier Mandate auf die SPÖ Bäuerinnen und Bauern Kärnten sowie die SJK - Gemeinschaft der Kärntner Bäuerinnen und Bauern und ein Sitz an die Grünen Bäuerinnen und Bauern. Die Liste Heimo Urbas zieht erstmals mit zwei Sitzen ein. Die Vollversammlung wurde von Landeshauptmann Peter Kaiser angelobt. "Gehen wir mit Mut und Zuversicht gemeinsam an die Arbeit. Zusammenarbeit - das ist es, was sich die Bäuerinnen und Bauern jetzt von uns erwarten", erklärte LK Kärnten-Präsident **Siegfried Huber**. Erste LK Kärnten-Vizepräsidentin ist Landesbäuerin Astrid Brunner.

Mit der neuen Vollversammlung sieht Huber die bäuerliche Interessenvertretung gut aufgestellt: "Von der Milch- und Rinderwirtschaft, dem Ackerbau, der Schweinehaltung, der Forstwirtschaft bis hin zum Bio-Sektor, der Direktvermarktung und Urlaub am Bauernhof sind alle Sektoren in der Vollversammlung vertreten. Diese Vielfalt ist die Stärke der Kärntner Landwirtschaft, diese Vielfalt wird auch die Stärke dieser Vollversammlung sein." Die neu konstituierte Vollversammlung hat auch einen Generationenwechsel vollzogen, denn 17 der 36 Mandatäre ziehen neu ins Bauernparlament ein. Für Huber ist vor allem die Stärkung der Jungbauern in der neuen Vollversammlung ein wichtiges Signal: "Zehn Kammerräte sind unter 40 Jahren, der jüngste ist gerade 23 Jahre alt. Heute wurde die jüngste Vollversammlung angelobt, die es in der LK Kärnten je gegeben hat. Damit ist auch sichergestellt, dass die Anliegen der Jungbauern in der LK starkes Gehör finden werden."

### Rechte als Grundeigentümer einfordern

In seiner Erklärung steckte Huber die drei Eckpunkte für die kommende Periode der Vollversammlung ab. "Der Schutz des bäuerlichen Eigentums steht für mich an oberster Stelle. Von der Freizeitnutzung bis hin zum Naturschutz müssen wir mit Vehemenz unsere Rechte als Grundeigentümer einfordern", betonte Huber. Beim Thema Wolf forderte der neue LK-Präsident die Landesregierung auf, die vorgelegte Verordnung zum Abschuss von Wölfen rasch zu beschließen: "Es geht längst nicht mehr nur um die Landwirtschaft, es geht mittlerweile auch um die Sicherheit der Bevölkerung."

Als zweiten Schwerpunkt der LK-Arbeit nannte Huber den Ausbau des Dialogs mit der Gesellschaft: "Das Bild der Landwirtschaft in der Gesellschaft wird viel zu oft vom Idyll der Werbung der Handelsketten und den Schockbildern diverser 'Tierschützer' geprägt. Beides sind Zerrbilder, wir wollen ein realistisches Bild der Landwirtschaft in der Öffentlichkeit zeigen, den Dialog mit der Gesellschaft suchen und die Öffentlichkeitsarbeit im Haus massiv aufwerten."

Die Steigerung der bäuerlichen Einkommen ist für Huber das dritte und wichtigste Anliegen: "Wenn wir in Kärnten eine bäuerliche Landwirtschaft haben wollen, dann müssen die Bauern auch ein Einkommen erwirtschaften können, das zum Leben reicht. Es kann nicht sein, dass jährlich Milch, Fleisch und Eier im Wert von 126 Mio. Euro aus dem Ausland nach Kärnten importiert werden. Diese Wertschöpfung fehlt unseren Betrieben", forderte Huber noch mehr Bekenntnis zur Regionalität von der öffentlichen Hand, dem Handel und der Gastronomie sowie eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung. Im Hinblick auf die Abgeltung der öffentlichen Leistungen in der neuen

Periode der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) bekräftigte Huber die Forderung nach höheren Ausgleichszahlungen mit machbaren Auflagen. (Schluss)

## **Bauernbund: Sebastian Kurz gilt Dank für sein politisches Wirken**

Strasser und Totschnig wünschen alles Gute für die Zukunft

Wien, 2. Dezember 2021 (aiz.info). - "Sebastian Kurz kann auf zehn Jahre erfolgreiche politische Arbeit in der Bundesregierung zurückblicken. Wir verstehen seinen Rückzug aus der Politik in Rücksicht auf seine Familie, wenngleich wir diese Entscheidung sehr bedauern. Mit ihm an der Spitze hat die Volkspartei große Reformprojekte für Österreich auf den Weg gebracht, zuletzt die ökosoziale Steuerreform. Sebastian Kurz zeigte stets ein Höchstmaß an Professionalität und enormen Einsatz für die Menschen in diesem Land. Er gewann Sympathien und Wahlen für die Volkspartei, die vor seinem Wirken nicht vorstellbar waren. Trotz seiner jungen Jahre hat er stets mit Weitblick und viel Gefühl für die Strukturen in der ÖVP agiert. Sebastian Kurz hatte immer ein offenes Ohr für die Bäuerinnen und Bauern. Die Menschen in den ländlichen Regionen waren ihm ein spürbar großes Anliegen. Im Namen des gesamten Bauernbund-Teams bedanken wir uns für die gute Zusammenarbeit und sein politisches Wirken. Wir wünschen ihm persönlich für sein neues Kapitel und seiner Familie alles Gute. So wie er sind auch wir überzeugt: Die Volkspartei wird weiterhin gute Arbeit für Österreich leisten", so Bauernbund-Präsident. **Georg Strasser** und Bauernbund-Direktor **Norbert Totschnig** zum Rücktritt von Sebastian Kurz.

### **NÖ Bauernbund dankte für erfolgreiche Partnerschaft**

Auch NÖ Bauernbund-Obmann und LH-Stellvertreter **Stephan Pernkopf** sowie NÖ Bauernbund-Direktor **Paul Nemecek** zollten Sebastian Kurz Dank und Respekt. "Politik wird an ihren Taten und Erfolgen gemessen. Klar ist, dass sich für die vielen arbeitenden Menschen im Land, vor allem auch für die Bäuerinnen und Bauern und den ländlichen Raum, in Kurz' Ära besonders viel zum Positiven weiterentwickelt hat. Die beiden Steuerreformen mit dem Familienbonus und dem regionalen Klimabonus sind wesentliche Maßnahmen, die nachhaltig im Sinne der Menschen in diesem Land auch in Zukunft weiterwirken werden. Damit wurden Meilensteine in der österreichischen Regierungspolitik gesetzt", erklärten Pernkopf und Nemecek. (Schluss) - APA OTS 2021-12-02/14:37

## **Holzgespräche: Branche kann zum Pionier klimapositiver Transformation werden**

FHP-Deklaration zur EU-Waldstrategie präsentiert - Wiesner übernimmt FHP-Vorsitz

Wien, 2. Dezember 2021 (aiz.info). - Die Österreichischen Holzgespräche standen in diesem Jahr unter dem Motto "Der Rohstoff Holz als Lösung für die Klimakrise, aber nicht ohne bewirtschaftete Wälder". An der renommierten Branchenveranstaltung, die Corona-bedingt in Form eines Online-Webinars abgehalten wurde, nahmen rund 200 Personen teil. Der nachwachsende Rohstoff Holz ist einer der wesentlichen Faktoren für eine biobasierte Wirtschaft und ein Schlüsselement im



Kampf gegen den Klimawandel. Mit der im Juli 2021 vorgestellten EU-Waldstrategie bis 2030 wird diese Schlüsselrolle gefährdet, wurde von den Experten betont. "Vor allem die darin vorgesehenen waldbezogenen Maßnahmen haben das große Potenzial, die nachhaltige Produktion von Holz nicht nur unnötig zu verteuern, sondern die nachhaltige Holzerntemenge in Europa drastisch zu reduzieren. Nach Berechnungen des Thünen-Institutes würde sich die Holznutzung in der EU-27 um 42% verringern. Holz müsste aus Drittländern wie den USA, Russland, Kanada und Brasilien - alles Länder mit niedrigeren Bewirtschaftungsstandards als Europa - importiert werden", betonte **Rudolf Rosenstatter**, Vorsitzender der Kooperationsplattform Forst Holz Papier (FHP).

**Hans Joachim Schellnhuber**, Klimaexperte und ehemaliger Direktor des renommierten Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, betonte, dass in den nächsten drei Jahrzehnten alle Wirtschaftsbereiche dekarbonisiert werden müssen, wenn die Menschheitsaufgabe Klimaschutz noch bewältigt werden soll. "Schlecht steht es bisher um die Sektoren Forstwirtschaft und Siedlungswesen, die bisher aus verschiedenen Gründen ihre notwendigen Beiträge zur Bewahrung der Lebensgrundlagen der Menschheit nicht leisten", so Schellnhuber. Dies könnte sich ins positive Gegenteil verkehren, wenn die gebaute Umwelt durch organische Architektur in eine mächtige Kohlenstoffsенке verwandelt würde. "Dafür muss ein Großteil der Wälder für die nachhaltige Erzeugung entsprechender Biomasse wie Holz, Bambus etc. bewirtschaftet werden, was auch auf wiederaufgeforsteten Flächen weltweit geschehen kann. Insbesondere der innovative Holzbau wird auf der Nachfrageseite die entscheidende Rolle spielen. So kann eine traditionelle Branche zum Pionier der klimapositiven Transformation werden, der zugleich konventionelle Baumaterialien mit hohem CO<sub>2</sub>-Fußabdruck wie beispielsweise Beton, Stahl, Glas etc. überflüssig macht und den atmosphärischen Kohlenstoff langfristig speichern hilft", führte Schellnhuber aus.

**Natalie Hufnagl-Jovy**, Europareferentin in der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände, führte aus: "Holzressourcen stehen im Kräftefeld widersprüchlicher EU-Politiken. Die EU verliert ihre Glaubwürdigkeit als Vorreiter für Nachhaltigkeit, wenn sie ihre Nachhaltigkeitsziele auf Ressourcen aus Drittstaaten aufbaut und verstößt damit gegen völkerrechtliche Vereinbarungen wie zum Beispiel die SDGs-Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen."

#### **FHP-Deklaration "Holz schützt Klima und schafft Arbeit"**

Bei den Holzgesprächen wurde erstmals die gemeinsame Erklärung der Wertschöpfungskette Forst-Holz-Papier zur EU-Waldstrategie mit dem Titel "Holz schützt Klima und schafft Arbeit" vorgestellt. Durch die gemeinsame Unterstützung von Forstwirtschaft und Industrie soll die Deklaration eine Verstärkung der Wiener Deklaration vom 4. Oktober sein, da das wichtige Thema der Rohstoffbasis alle Branchen des Holzsektors gleichermaßen betrifft. Alle FHP-Spitzenvertreter haben diese Erklärung unterzeichnet. "Mit der vorliegenden EU-Waldstrategie werden die Klimaschutzziele konterkariert und wird die Rohstoffbasis der ganzen Wertschöpfungskette gefährdet. Schon eine Reduktion der Rohstoffbasis im Ausmaß von 10% würde einen Wertschöpfungsverlust in der Holz- und Forstwirtschaft von 1,75 Mrd. Euro bedeuten und 25.000 Menschen würden ihre Arbeitsplätze verlieren. Das können wir uns auch im Lichte der COVID-19-Krise nicht ansatzweise leisten. Umso wichtiger ist es, dass mit der heute vorgestellten gemeinsamen Erklärung 'Holz schützt Klima und schafft Arbeit' Forstwirtschaft und Industrie vereint ein Zeichen setzen", stellte Rosenstatter klar. Die FHP-Deklaration kann auf [aiz.info](http://aiz.info) heruntergeladen werden.

## FHP-Vorsitzwechsel

**Erich Wiesner**, CEO und Eigentümer von WIEHAG, wurde Ende November vom FHP-Exekutivausschuss einstimmig zum neuen Vorsitzenden der Kooperationsplattform Forst Holz Papier (FHP) für die Periode 2022/23 gewählt. Wiesner folgt Rosenstatter nach, der diese Funktion sechs Jahre lang innehatte. Franz Titschenbacher, Präsident der Landwirtschaftskammer (LK) Steiermark und Vorsitzender des Forstausschusses in der LK Österreich, wurde im Rahmen der FHP Exekutivausschusssitzung einstimmig zum neuen stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Wiesner erklärte: "Holz verbindet Ökologie und Ökonomie in idealtypischer Weise. Was kann man heute Besseres tun als nachhaltig Bäume zu pflanzen und in langlebigen Holzprodukten wie im Holzbau die Speicherung des Kohlenstoffs über Jahrzehnte oder sogar Jahrhunderte zu verlängern? Gleichzeitig können dadurch Materialien substituiert werden, die nur mit hohem Energieaufwand und CO<sub>2</sub>-Ausstoß hergestellt werden können. Das wichtige Thema der Rohstoffbasis betrifft alle Branchen des Holzsektors gleichermaßen. Umso mehr freut es mich, dass alle Spitzenvertreter der Wertschöpfungskette Holz die gemeinsame Deklaration der Wertschöpfungskette Forst-Holz-Papier zur EU-Waldstrategie 'Holz schützt Klima und schafft Arbeit' unterzeichnet haben." (Schluss)

## BFW: Klimawandel als Bewährungsprobe für heimischen Schutzwald

### Ausführlicher Forschungsbericht veröffentlicht

Wien, 2. Dezember 2021 (aiz.info). - Das Bundforschungszentrum für Wald (BFW) hat kürzlich den Bericht "Schutzwald in Österreich - Wissensstand und Forschungsbedarf" veröffentlicht. 65 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler österreichischer Forschungsinstitutionen haben darin den aktuellen Wissensstand zu 18 Themenbereichen zusammengefasst, unterteilt in Grundlagen, Ökologie, Bewirtschaftung, Klimawandel sowie gesellschaftsrelevante Aspekte. Nach der Erörterung von Problemen und Herausforderungen werden Forschungslücken aufgezeigt sowie der zukünftige Forschungs- und Entwicklungsbedarf abgeleitet. Im Aktionsprogramm "Wald schützt uns!" der Bundesregierung ist das Thema Forschung zentral vertreten, die nachhaltig zur Verbesserung des Schutzwaldes in Österreich beitragen kann, betont das BFW.

"Viele Menschen haben Erwartungen an die 'grüne Infrastruktur' Schutzwald: Er soll Muren, Lawinen, Steinschlag und Rutschungen verhindern, gleichzeitig soll er - wo möglich - Einkommen für die Waldbesitzer schaffen und so unterschiedlichen Interessen wie Jägern und Skitourengehern als Naturraum zur Verfügung stehen. Zusätzlich bedeutet der Klimawandel in seinen unterschiedlichen Ausprägungen, wie Extremniederschlägen, Trockenheit oder einer Zunahme von Störungen, eine massive Bewährungsprobe für unsere Schutzwälder", zeigt **Peter Mayer**, Leiter des BFW, auf.

Der vollständige Bericht steht auf aiz.info als Download bereit. (Schluss)

## **Russland: Beihilfen sollen steigende Futterpreise ausgleichen**

### Investitionsförderungen auch für neue Anlagen geplant

Moskau, 2. Dezember 2021 (aiz.info). - Den russischen Rinderhaltern sollen jetzt Beihilfen in Höhe von umgerechnet mehr als 125,6 Mio. Euro für den Erwerb von Futtermitteln bereitgestellt werden. Wie der Regierungsprescribedienst in Moskau am Mittwoch bekannt gab, ist die Entscheidung angesichts der steigenden Futterpreise getroffen worden. Die Hilfeleistungen sollen die Situation in diesem Bereich stabilisieren sowie die Rinderbestände und das Produktionsniveau bei Milch und Molkereierzeugnissen aufrechterhalten, heißt es in der Mitteilung. Mit weiteren 67 Mio. Euro sollen Investitionen in die Errichtung neuer Milchproduktionsanlagen, Obst- und Gemüselager, Pflanzenzuchtzentren und anderer landwirtschaftlichen Objekte unterstützt werden. (Schluss) pom